

Grüne: ÖPNV wird ausgebremst

Verkehrsexperte Boris Palmer attackiert die Landesregierung – CDU-Fraktion und Minister Müller widersprechen

Stuttgart – Die Grünen üben massive Kritik an der Politik der Landesregierung im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV): Die Regierung schichte Geld in den Straßenbau um, Busse und Bahnen würden „ausgebremst“. Verkehrsminister Ulrich Müller (CDU) sowie die CDU-Fraktion weisen die Kritik zurück.

VON HERMANN NEU

Der Verkehrsexperte der Grünen-Landtagsfraktion, Boris Palmer, meinte gestern in Stuttgart, Bussen und Bahnen drohe weitere Kürzung der Investitionen. Die Landesregierung habe auch die Ziele ihres Ge-

neralverkehrsplans von 1995 aufgegeben. Damals hatte sich das Kabinett vorgenommen, mit Verlagerung vom Auto auf den ÖPNV die Stickoxidemissionen auf ein Drittel und den Kohlenwasserstoff-Ausstoß auf ein Fünftel des damaligen Standes zu reduzieren. Palmer kritisierte darüber hinaus, das Land habe sich ohne Not zu lange an die Bahn AG gebunden. Damit gebe es im Bundesvergleich gesehen nur auf relativ wenigen Strecken Wettbewerb. Es sei möglich, dass bis 2016 statt der maximal möglichen 37 Prozent weniger als zehn Prozent der Verkehrsleistung

der Konkurrenz verschiedener Anbieter ausgesetzt werde.

„Großformatiges Selbstlob“

Den Groll Palmers erregt vor allem der Staatssekretär im Verkehrsministerium, Stefan Mappus. Der CDU-Politiker habe noch vor kurzem „großformatiges Selbstlob“ über die Leistungen des Landes im ÖPNV verbreitet. In Wirklichkeit zahle laut Palmer der Bund im ÖPNV „schon alles“. Von 1998 bis 2003 seien 6,064 Milliarden für den ÖPNV im Südwesten geflossen. Die Bundeszuschüsse beliefen sich dabei auf 4,733 Milliarden, aus Eigen-

Fortsetzung

mitteln erbracht habe das Land 1,331 Milliarden. Nach Abzug der vom Land seit jeher zu zahlenden Leistungen etwa für die Schülerbeförderung in Höhe von 1,324 Milliarden blieben laut Palmer lediglich sieben Millionen übrig – ein Promille der Gesamtsumme.

Kritik übte Palmer vor allem an geplanten ÖPNV-Großprojekten. Der geplante Bau der unterirdischen Straßenbahn in Karlsruhe verschlinge beispielsweise eine Summe, mit der in der Region Neckar-Alb 50 000 zusätzliche Fahrgäste auf Busse und Bahnen gelockt werden könnten. Große Vorhaben wie auch Stuttgart 21 führten dazu, dass „die vielen kleinen ÖPNV-Maßnahmen im ländlichen Raum“ unfinanzierbar würden. Für eine 12 000-Einwohner-Kommune verdreifache sich beispielsweise beim Bau eines

250 000 Euro teuren Bahnhaltepunktes der Eigenanteil von momentan 37 500 Euro aufgrund der geringeren Zuschüsse und des höheren Selbstbehalts auf 112 500 Euro.

Mehrkosten für Kommunen

Auch mittelgroße Projekte bis 50 Millionen Euro kämen die Kommunen drastisch teurer, weil ihr Kostenanteil von 15 auf 25 Prozent steige. Zum Schaden der jeweiligen Bahnstrecke werde es die kleinen, oft sehr effektiven Baumaßnahmen nicht mehr geben. Reisende, die mangels Zustiegmöglichkeit nicht den Zug benutzen, fehlten dem ÖPNV auch auf der Einnahmeseite. Palmer kritisierte weiter, der ÖPNV sei bereits 2003 zur Sanierung des Landeshaushalts um 45 Millionen gekürzt worden, während der Stra-

ßenbau ungeschmälert blieb. Im Etat 2004 seien weitere Streichungen um 30 Millionen vorgesehen. CDU-Fraktionschef Günther Oettinger warf Palmer Verdrehung der Fakten vor. Dass die enormen Steigerungen der vergangenen Jahre nicht fortgesetzt werden könnten, müsse auch den Grünen einleuchten. Müller erklärte, das Land zahle direkt und über den Finanzausgleich 417 Millionen für den ÖPNV. Der Minister verteidigte auch den Vertrag mit der Bahn: Damit würden weniger als 80 Prozent der Fahrleistung abgedeckt. Ein wesentlicher Anteil werde während der Laufzeit aus dem Vertrag herausgelöst und neu vergeben. Zudem sei die lange Laufzeit ein Wert an sich, weil so von der Bahn Investitionen in neue Züge in dreistelliger Millio-nenhöhe erreicht worden seien.